

U 20

Ein klaffendes Loch!

Ein Thema, das mich immer wieder beschäftigt: Der Kantonsrat senkte die Unternehmenssteuern, ohne zu bedenken, was geschieht, wenn das Vorhaben nicht funktioniert. Das Volk bestätigte diese Strategie im September. Dennoch: Es liessen sich weniger neue Unternehmen im Kanton Luzern nieder als erwartet, und nun klafft ein riesiges Loch im Budget. Dies muss mit Hilfe von Sparmassnahmen gestopft werden.

Mich als Schülerin betreffen vor allem die Sparmassnahmen bei der Bildung, und diese sind reichlich vorhanden. Der Bildungsdirektor hat unsere Mensa ausgelagert, ohne den Lernenden eine Antwort auf ihre Petition zu geben und seine Beweggründe vor Ort zu erklären. Ohne einen spürbaren Hauch von Mitgefühl wurde diese Sparmassnahme umgesetzt. Damit noch nicht genug: Schlag auf Schlag folgten neue Ideen für Sparmassnahmen. Eine dieser Ideen, die umgesetzt werden, sind die Zwangsferien, das heisst, der Unterricht fällt während einer Woche aus. Als Lernende muss ich den gleichen Schulstoff in weniger Unterrichtszeit lernen.

Sehr geehrter Herr Bildungsdirektor, bitte versetzen Sie sich einmal in meine Lage und denken Sie darüber nach, ob aus dieser Perspektive solche Sparmassnahmen sinnvoll sind. Für mich ist es ein klarer Qualitätsverlust, der sich nicht im Voraus berechnen lässt wie die Lohnersparungen bei den Lehrpersonen. Es wird sich erst später zeigen, welche Auswirkungen diese Sparmassnahmen haben.

Was machen die Schüler und Schülerinnen in dieser zusätzlichen freien Zeit? Ein Teil von uns ist zu jung für einen Ferienjob, und die Orte, an denen sich Jugendliche einfach so aufhalten dürfen, sind begrenzt. Ist es sinnvoll, die Jugendlichen im luftleeren Raum zu lassen? Nicht für alle Eltern ist es möglich, eine zusätzliche Ferienwoche zu beziehen.

Die Sparmassnahmen wurden über unsere Köpfe hinweg bestimmt. Der Regierungsrat verschloss die Augen vor den Protesten und handelte nur im Hinblick auf das Stopfen des Budgetloches. Es bleibt zu hoffen, dass es durch diese Sparmassnahmen nicht zu einem klaffenden Loch in der Bildungsqualität kommt, wenn die Prioritäten weiterhin so gesetzt werden.



Fiona Streit, 16, Büron, Schülerin an der Kanti Sursee
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

In der Kolumne U 20 äussern sich die Autoren zu von ihnen frei gewählten Themen. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.

Kernenergie spaltet Politik

Rathausen Am 27. November entscheidet das Schweizer Stimmvolk über den vorzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie. Befürworter und Gegner kreuzten gestern an einem Podium die Klängen.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Aufgeladene Stimmung herrschte im Besucherzentrum der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke AG) in Rathausen in Emmen. Und das gleich im doppelten Sinn. Einerseits versorgen die CKW ihre 200 000 Kunden zu einem beträchtlichen Teil mit Strom aus Kernkraftwerken. Andererseits wollen die Grünen genau diese Kernenergie schweizweit verbieten (siehe Box). Diesen Stromkreis haben die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz und der Gewerbeverband des Kantons Luzern gestern Abend geschlossen – mit einem öffentlichen Podiumsgespräch vor Ort, knapp sechs Wochen vor der eidgenössischen Abstimmung.

Zum Auftakt des von rund 400 Interessierten verfolgten Anlasses erläuterte CVP-Energieministerin Doris Leuthard den Standpunkt des Bundesrats. Zwar gab Leuthard persönlich nach dem Atomunfall von Fukushima 2011 bekannt, künftig auf die Kernenergie verzichten zu wollen. Doch zu abrupt soll der Ausstieg dann doch nicht sein, wie die Magistratin gestern erklärte: «Mit der Initiative sind Parlament und Bundesrat zwar weitgehend einverstanden. Eine grosse Differenz besteht aber im Umgang mit den bestehenden Kernkraftwerken.» Diese sollen so lange laufen, wie sie sicher seien. Denn: «Die Sicherheit ist jederzeit gewährleistet.» Eine politische, strikte Vorgabe führe zu Importzwang ausländischen Stroms und hohen Ersatzforderungen der Kraftwerkbetreiber.

Spannungsgeladenes Wortgefecht

Nach Leuthards Referat folgte ein rhetorischer Schlagabtausch, moderiert von Jérôme Martinu, Chefredaktor unserer Zeitung. Als Befürworter der Initiative traten der Luzerner Grüne-Nationalrat Louis Schelbert und Markus Portmann, Chef des Krienser Energieberatungsunternehmens



Bundesarätin Doris Leuthard mit dem Luzerner Regierungsrat Robert Küng (links) und Felix Graf, CEO der Centralschweizerischen Kraftwerke, im CKW-Besucherzentrum. Bild: Nadia Schärli (Rathausen, 19. Oktober 2016)

«Uns fehlt der Einstieg zum Ausstieg aus der Atomenergie.»



Louis Schelbert
Nationalrat, Grüne Luzern

«Die Sicherheit der Kraftwerke ist jederzeit gewährleistet.»



Doris Leuthard
Energieministerin

«Das Wachstum alternativer Energien ist da, aber bescheiden.»



Peter Schilliger
Nationalrat, FDP Luzern

«e4plus», auf. Für die Gegner argumentierten der Udligenswiler FDP-Nationalrat Peter Schilliger und CKW-Chef Felix Graf.

Grüne-Nationalrat Schelbert gab sich von Leuthards Referat unbeeindruckt: «Uns fehlt der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie.» Es dürfe nicht so weit kommen wie in Fukushima, wo die Reaktoren vor dem Unfall ebenfalls als sicher galten. Peter Schilliger entgegnete: «Das Wachstum der alternativen Energien ist zwar da, aber auf bescheidenem Niveau. Bis auf weiteres braucht es deshalb die Kernkraft.» Mit einem Ja müsste umso mehr Atomstrom aus dem Ausland importiert werden. Markus Portmann, Befürworter der Initiative, wischte Bedenken einer Stromlücke beiseite: «Wir befinden uns in einer europäischen Stromschwemme.» Selbst «guten» Strom gebe es genug – einfach im Ausland. Dem widersprach CKW-Chef Graf vehement: «Gerade im Winter importieren wir bereits heute AKW-Strom aus Frankreich.»

Fukushima war Auslöser

Kernkraftwerke sollen in der Schweiz verboten werden – bestehende Anlagen müssen nach maximal 45 Betriebsjahren vom Netz: Das fordern die Grünen mit der Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie». Über die Initiative wird am 27. November abgestimmt. Die Grünen hatten das Volksbegehren am 16. November 2012 eingereicht. Auslöser war der Atomunfall von Fukushima 2011. Bei einem Ja würden die Kernkraftwerke Bessau I und II sowie Mühleberg 2017 abgeschaltet, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029.

Die Initianten, unterstützt von mehreren Umweltschutzverbänden, der SP und der CSP, verlangen höhere Sicherheit für die Bevölkerung und eine rasche Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes. (avd.)

Stadt setzt auf automatische Strassenlichter

Helligkeit In Luzern sind bereits zahlreiche LED-Lampen in Betrieb, die heller leuchten, sobald jemand in der Nähe ist. Die Sensoren sollen künftig auch Fahrzeuge erfassen können.

Zahlreiche Strassenlichter sind unnötig. Zu diesem Fazit ist der Bund nach einer Überprüfung der Nationalstrassen gekommen und hat im Kanton Luzern 750 Lichter gelöscht. Pro Lampe und Jahr können damit 200 Franken eingespart werden. Auch der Kanton Luzern will im April die Notwendigkeit der Beleuchtung auf den Kantonsstrassen überprüfen und voraussichtlich weitere 340 Leuchten abschalten (Ausgabe von Mittwoch).

In der Stadt Luzern ist die Situation eine andere, wie sie auf Anfrage unserer Zeitung mitteilt: Denn die engen Strassen sind viel befahren; Fussgänger und Velofahrer gehören genauso wie haltende Busse zum Verkehrsaufkommen – auch nachts. Deshalb ist nicht vorge-

sehen, viele der rund 8000 Kandelauber zu demonstrieren.

Aber: Auch die Stadt ist bestrebt, den Stromverbrauch in den Strassen zu senken. «Bei Sanierungen werden die vorhandenen Beleuchtungsstandorte immer auf ihre heutige Berechtigung hinterfragt», sagt Oliver Allemann, Leiter Auftragsbau bei der dafür zuständigen Energie, Wasser, Luzern (EWL). «Wo früher manchmal drei Leuchten an einem Mast angebracht waren, wird heute nur noch eine montiert.» Installiert werden dann ausschliesslich LED-Leuchten. Sie ermöglichen es – anders als die herkömmlichen Natriumhochdruck-Lampen –, die Lichtleistung in den Nachtstunden um 10 bis 50 Prozent zu reduzieren, so Allemann. Aktu-

ell spart die Stadt damit rund 10 000 Franken an Energiekosten im Jahr.

«Lenker werden kaum Unterschiede bemerken»

Die LED-Lampen sind zudem dimmbar. Diese sogenannten intelligenten Leuchten sind bereits in der Sentimatt, dem Schäferweg oder vom Quai vor dem Hotel Palace bis zum Verkehrshaus installiert – also dort, wo Fussgänger und Velofahrer zugegen sind.

Allein an der Seepromenade sind 45 dimmbare Leuchten in Betrieb. Sie sind mit einem Sensor ausgestattet. Erfasst dieser eine Person, schalten die nächsten Leuchten auf 100 Prozent ihrer Leistung. Nachdem die Person den Bereich verlassen hat, werden die Lichter auf ihre

Grundleistung von 10 Prozent zurückgedimmt. Aktuell werden 90 solcher intelligenten Leuchten beim alten Zentralbahn-Trasse installiert. Und auch in Zukunft werden die intelligenten Leuchten vermehrt zum Einsatz kommen. Laut Allemann ist derzeit ein Projekt an der Langensandstrasse in Planung. Dort soll das Verkehrsaufkommen gemessen werden. «Fahren weniger Fahrzeuge über die Strasse, können wir die Leuchten dimmen. Die Lenker werden aber kaum einen Unterschied bemerken», sagt Allemann.

Auch mit einer weiteren Massnahme kann die Stadt Strom sparen: Dies mittels eines Sensors, der auf dem Dach des EWL-Unterwerks beim Steghof die Helligkeit des Himmels misst.

Vor rund vier Jahren habe die EWL diese Anlage optimiert. Seither kann die Strassenbeleuchtung in der Dämmerung genauer an-respektive ausgeschaltet werden. Am Morgen und am Abend hat sich die Leuchtdauer um zirka fünf bis acht Minuten reduziert. «Es ist aber sehr heikel, diese beiden Werte im richtigen Zeitfenster einzustellen, da in der Dämmerung die meisten Unfälle passieren», sagt Oliver Allemann. Zudem ist der Sensor wetterabhängig: «Ist es oft bewölkt, schlägt sich das auf den Energieverbrauch nieder.» So seien die Leuchten im Schnitt zwischen 4200 und 4500 Stunden pro Jahr in Betrieb.

Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch